Vorabstimmu

Volksbegehren "Landtagsauflösung

1. Bekanntmachung der Verordnung des Brannschw. Staatsministerinms.

Die vom Braunschw. Staatsministerium in der Staatszeitung vom 11. Mai 1931 erlassene Bekanntmachung über die Borabstimmung zum Boltsbegeben, Landtagsauslösung" wird biermit gemäß § 10 der Berordnung zur Ausführung des Geieges über den Boltsentscheid (Abstimmungsordnung) (GuBS. Kr. 44 S. 99) in ortsüblicher Weife veröffentlicht:

"Entwurf eines Gefetes über die Auflösung des Landtages.

Das Braunfdmeinifde Graatsminiff

3) Side der Landen ben erdennistismen Weltbegebren nicht entjereben feller, kennt die öffenne per Griecen im Genaup, Gest

"Der Brandelmeiglich Welt der ben Bellennische felgende Gefen befelelne"

3) Im Gille ber Jone 1. Lauert is Gefenne der Griecen Gemann gest

"Es wird biemut verfandt, auchten felgelnicht iß, bas die Weltwirt ber

berödigten der Griece gest

men Griece geschieden bat."

Der Möllimmungsaussaus belicht aus folgenden Mitgliebern: Deteregierungerat Otte, bier, erkade der Cantibilism Landenants als Berligsnehre (Abrimmungslieter), Gerlicherter: Röglerungsatz Dr. Chappangerb, pitz, als Beißer: 1, persistertein Madolf Edde, bier, Cerlicherter: Badobil Edde, bier, Cerlicherter: Badobil Edde, bier,



Das Braunschweigische Staatsminifteriun

2. Auslegung der Stimmfartei

a) Zeit und Ort der Anslegung.

Die Stimmfartei liegt fur die am 21. Juni b. 36. ftattfindende Borabstimmung jum Bolfbegebren vom 21. bis 30. d. 21ts. jur Ginfichtnahme aus; und zwar für das Stadtgebiet — ansichließlich des Stadtteils Veltenhof — im Erdgeschoß des Rathauses

an den Wochentagen von 9 bis 13 Ubr (9 Ubr vorm. bis 1 Ubr nachm.) und von 15% bis 18 Ubr (3% Ubr nachm. bis 6 Ubr abends) an ben beiden Pfingstagen nur von 10 bis 13 Ubr (10 Uhr vorm. bis 1 Ubr nachm.)

für den Stadtteil Beltenhof in der Gaftwirtschaft Müller in Beltenhof Dr. 52

an den Wochentagen von 17 bis 20 Uhr (5 Uhr nachm. bis 8 Uhr abends), an ben beiden Pfingfitagen von 10 Uhr bis 13 Uhr (10 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm.).

b) Ginfpruch

gegen die Stimmfartei ist bis zum Ablaufe der Auslegungsfrist zuläsig und bei uns (Auslegungsfrellen) während der Auslegungszeit schriftlich einzulegen oder zur Riederschrift ju geben.

c) Wohnungsveränderungen

(Bu- und Fortzüge sowie Umzüge innerhalb des Stadtgebietes) find in der Stimmkartei nur insoweit berudfichtigt worden, als die betr. polizeilichen Meldungen bis jum 10. Mai 1931 bier vorgelegen baben. In der Stimmberechtigte werben nur auf Antrag nachgetragen ober umgeschrieben. Der Antrag fann nur mabrend ber obengenannten Auslegungsfrift unter Borlegung ber polizeiliden Anmeldebescheinigung gestellt werben.

3. Stimmscheine

werben von uns mabrend der Dienststunden vom 21. Mai bis 19. Juni d. J. ausgestellt, und zwar vom 21. bis 30. Mai an den Austegungsstellen und vom 31. Mai bis 19. Zuni 12 Uhr mittags im Zimmer 100 des Rathauses. Später eingehende Anträge müssen unberücksichtigt bleiben.

Der rechtmäßige Befit bes Stimmideines berechtigt ben Stimmberechtigten gur perionlicen Stimmabgabe in jedem beliebigen Stimmbezirke bes Landes. Rach § 21 der Abstimmungsordnung erhalt einen Stimmichein auf Antrag:

- I. ein Stimmberechtigter, ber in einer Stimmlifte ober Stimmfartei eingetragen ift,
 - 1. wenn er fich am Abstimmungstage mabrend ber Abstimmungszeit auf zwingenden Gründen außerbalb feines Stimmbezirks aufbalt; 2. wenn er nach Ablauf der Einspruchsfrift (§ 30) seine Wohnung in einen anderen Stimmbezirk verlegt;

- 3. wenn er infolge eines torperlichen Leibens ober Gebrechens in feiner Bewegungsfreiheit befindert ift und durch den Stimmichein die Moglichteit erbalt, einen fur ibn gunftiger gelegenen Abstimmungsraum aufzusuchen;
- II. ein Stimmberechtigter, der nicht in eine Stimmlifte eingetragen ober barin geftrichen ift,

 - 1. wenn er nachweitf, daß er ohne sein Verschulben die Einspruchsfrist (§ 30) verfaumt hat; 2. wenn er megen Nubens des Stimmerches nicht eingetragen ober gestrichen war, der Grund bierfür aber nach Ablauf der Einspruchsfrist weggefallen ist; 3. wenn er Aussandsdeutscher war und seinen Wohnert nach Ablauf der Einspruchsfrist in das Inland verlegt hat.

Buftanbig gur Ausstellung eines Stimmicheines ift die Gemeindebeborde bes Wohnortes, in ben Fallen der Rr. 1, 2 die Gemeindebeborde bes bisberigen Bohnortes. Grund zur Ausstellung eines Stimmscheines ist auf Erfordern glaubbaft zu machen. Ueber seine Berechtigung zur Antragitellung oder zur Empfangnahme des Stimmscheines muß fich der Untragsteller oder Empfanger geborig ausweisen.

Braunidweig, ben 15. Dai 1931.

Der Rat der Stadt.

